



CGFP

fonction publique

numéro 45, septembre 2021
paraît 6 fois par an
10^{ème} année

compact



DIE CGFP LÄSST SICH NICHT VON DER REGIERUNG VORFÜHREN

Kurz vor der Sommerpause warf die CGFP der Regierung vor, gezielte Falschaussagen in Bezug auf das Gehälterabkommen zu verbreiten. Ziel dieser Desinformationspolitik war es, die CGFP öffentlich zu diskreditieren. In seiner jüngsten Sitzung hat der CGFP-Exekutivrat beschlossen, diese unehrliche Vorgehensweise der Dreierkoalition nicht mehr länger hinzunehmen.

Stein des Anstoßes für das angespannte Verhältnis zwischen der CGFP und der Regierung ist die unterschiedliche Auslegung des im März 2021 ausgehandelten Gehälterabkommens für den öffentlichen Dienst. Wochenlang missbrauchte die Dreierkoalition das Besoldungsabkommen als Vorwand, um sektorische Verbesserungen in einzelnen Bereichen des Staatsdienstes auf 2023 zu verschieben. Die mit der CGFP getroffene Übereinkunft lasse

keine Anpassungen bis Ende 2022 zu, lautete die völlig realitätsfremde Begründung.

Das jüngste Gehälterabkommen trägt den Corona-spezifischen Umständen durchaus Rechnung und passt daher auch optimal in das aktuelle Umfeld. Mit der Regierung hat die CGFP vereinbart, dass die sozialen Errungenschaften auch während der Krise in keiner Weise infrage gestellt werden. Mit dieser festen Zusage seitens der Dreierkoalition gelang es der CGFP,

jegliche Verschlechterungen im Staatsdienst erfolgreich abzuwenden.

Wie so häufig in Krisenzeiten nahm die CGFP inmitten der Pandemie erneut eine vernünftige Haltung ein. Sie verzichtete auf eine Punktwert-erhöhung sowie auf weitere finanzielle Maßnahmen (Einführung neuer Prämien...). „C'est dans ce contexte particulier que les deux parties signataires ont convenu que le présent accord ne contiendra pas d'augmentation financière structurelle“, heißt es in dem Gehälterabkommen. Der Verzicht auf eine generelle Gehaltserhöhung für sämtliche Staatsbedienstete bedeutet jedoch keineswegs, dass sektorische Verbesserungen von vornherein ausgeschlossen sind.

Fälschlicherweise hat die Regierung immer wieder das Gegenteil behauptet. Diese Verdre-

Fortsetzung siehe Seite 3

PERIODIQUE

POST
LUXEMBOURG

Envois non distribuables à retourner à:
L-3290 BETTEMBOURG

PORT PAYÉ
PS/700



L'évasion est proche

LUX VOYAGES CGFP, une agence de voyage complète à votre service:

Pour vos déplacements de service ou privés à l'étranger

Voyages organisés

Billets d'avion, de train et de bateau

Réservations d'hôtels et d'appartements dans le monde entier

Tarif spécial pour les membres de la CGFP

**OUVERT
LE SAMEDI MATIN**



LUX VOYAGES

25A, boulevard Royal (Forum Royal) • L-2449 Luxembourg
Tél. 47 00 47-1 • Fax 24 15 24 • e-mail: info@luxvoyages.lu
Ouvert du lundi au vendredi de 8 à 18 h et le samedi de 9 à 13 h

hung der Tatsachen ist in puncto Dreistigkeit schwer zu überbieten. Die CGFP hat sich zu keinem Zeitpunkt gegen sektorielle Verbesserungen ausgesprochen. Im Gegenteil: Einer Einführung neuer Prämien oder einer beruflichen Aufwertung in einzelnen Bereichen des öffentlichen Dienstes steht rein gar nichts im Weg.

Es schält sich allerdings zunehmend heraus, dass die Regierung einige sektorielle Verbesserungen erst im Superwahljahr 2023 umsetzen will, um somit in manchen Wählerschichten zu punkten. „Als Politiker mag es üblich sein, Wahlgeschenke kurz vor der Stimmabgabe zu verteilen“, betonte CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff in einem Radiointerview. Als Gewerkschafter habe er jedoch überhaupt kein Verständnis dafür, wenn die Umsetzung völlig legitimer Forderungen unnötig in Verzug gerate.

Konsequente Desinformationspolitik

Besonders ärgerlich ist die Tatsache, dass die Falschaussagen der Regierung gleich mehrfach von verschiedenen Ministern wiederholt wurden. Diese konsequente Desinformationspolitik lässt darauf schließen, dass versucht wurde, die CGFP und deren Fachverbände gegeneinander auszuspielen. Der CGFP-Exekutivrat hat deshalb in seiner Sitzung vom vergangenen 22. Juli beschlossen, weitere Schritte einzuleiten, falls die Regierung diesbezüglich keine Einsicht zeigt. Gleichzeitig wurde die Geschlossenheit der mehr als 60 CGFP-Fachverbände erneut ein-drucksvoll bekräftigt.

Im CGFP-Presseschreiben vom 26. Juli wurde nicht erwähnt, welche Ressortminister eine Desinformationspolitik betrieben hatten. Als CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff in der RTL-Sendung „Invité vun der Redaktioun“ darauf angesprochen wurde, redete dieser Klartext. Die Minister für die Bildung und den öffentlichen Dienst hätten das Gehälterabkommen auf eine ganz eigennützige Weise interpretiert, so Wolff.

Als sich Bildungsminister Claude Meisch und Innenministerin Taina Bofferding Mitte Juli mit den Gewerkschaften darauf geeinigt hatten, die Laufbahnen der Lehrbeauftragten im Musikunterricht aufzuwerten, hieß es seitens der Regierung, die Anpassung könne erst zum 1. Januar 2023 erfolgen. In diesem Zusammenhang wurde erneut auf das Gehälterabkommen mit der CGFP verwiesen.

In die gleiche Kerbe schlug auch der Minister des öffentlichen Dienstes. Bei der Parlamentsdebatte über die Petition zur Aufwertung des BTS (Brevet de techniciens supérieur) behauptete Hansen, bis zum 31. Dezember 2022 könnten keine zusätzlichen finanziellen Forderungen beim Staat gestellt werden.

Ist sich der Beamtenminister nicht darüber im Klaren, dass sektorielle Forderungen nicht vom Dachverband, sondern von den jeweiligen CGFP-Mitgliedsorganisationen erhoben werden? Es obliegt dann der Regierung zu entscheiden, ob und in welchen Bereichen des Staatsdienstes Verbesserungen eintreten sollen. Zudem sind es die zuständigen Ressortchefs,



die diese Anliegen dem Regierungsrat vorlegen. Die CGFP mischt sich nicht in sektorielle Anliegen ein. Statt selbst Farbe zu bekennen, versuchte die Regierung, die CGFP für den politischen Stillstand verantwortlich zu machen.

Sollte die Dreierkoalition noch immer Verständigungsprobleme beim Gehälterabkommen haben, kann die CGFP ihr gerne zur Hand gehen. Eine hilfreiche Lösung wäre z.B. ein Zusatzabkommen, in dem der Regierung klipp und klar erläutert wird, was das von ihr ausgehandelte Besoldungsabkommen genau beinhaltet.

Falls die Regierung nicht sofort von ihren irreführenden Aussagen Abstand nimmt, wird sich das Verhandlungsklima zunehmend vergiften. Für 2023 muss ein neues Gehälterabkommen für den öffentlichen Dienst ausgehandelt werden. Mit 21 von 22 möglichen Sitzen bei den Berufskammerwahlen verfügt die CGFP als einzige Gewerkschaft in Luxemburg über die nationale Repräsentativität im Staatsdienst. Beim Aushandeln des künftigen Besoldungsabkommens wird die Regierung also nicht daran vorbeikommen, die Stärke der CGFP und somit den Wählerwillen der Staatsbediensteten zu berücksichtigen. Sollte sich die Dreierkoalition dennoch unverfroren über den Wahlsieg hinwegsetzen, wird die CGFP als einzige wahre politisch unabhängige Vertretung mit allen verfügbaren gewerkschaftlichen Mitteln diese Pläne torpedieren.

Steuergerechtigkeit lässt weiter auf sich warten

In seiner jüngsten Sitzung zeigte der CGFP-Exekutivrat auch kein Verständnis dafür, dass die konkreten Maßnahmen für mehr Steuergerechtigkeit immer noch auf sich warten lassen. Die Regierung verstrickt sich zunehmend in Widersprüche. Einerseits brüstet sich Finanzminister Pierre Gramegna damit, dass im ersten Halbjahr 2021 elf Milliarden Euro an Steuern und Abgaben eingenommen wurden. Dies entspricht einer Steigerung von 25 % im Vergleich

zum Vorjahr. Inzwischen wurde sogar das Vorkrisenniveau übertroffen.

Andererseits heißt es, die umfassende Steuerreform sei der Corona-Krise zum Opfer gefallen. Wie soll das argumentativ zusammen passen? Selbst wenn die Staatsschuld infolge der Pandemie gestiegen ist und die große Steuerreform auf Eis gelegt wurde, sind allem Anschein nach genügend finanzielle Mittel vorhanden, um zumindest punktuelle steuerliche Maßnahmen zu ergreifen. Akuten Handlungsbedarf sieht die CGFP unter anderem in Bezug auf die Steuerklasse 1a. Bitter notwendig ist auch eine Anpassung der Steuertabelle an die Preisentwicklung, zumal die letzte teilweise Angleichung bereits zwölf Jahre zurückliegt.

Corona-Steuer: mehr Fragen als Antworten

Bei der von der LSAP angestoßenen Debatte zur Einführung einer Corona-Steuer (siehe dazu auch Seite 9) zeigt sich die CGFP zurückhaltend. Bereits vor den Sommerferien fand ein Treffen der Berufskammer aller Staatsbediensteten mit den Mitgliedern des parlamentarischen Haushalts- und Finanzausschusses statt. Entgegen anderer Verlautbarungen sprach sich die Chambre des fonctionnaires et employés publics (CHFEP) damals nicht kategorisch gegen eine Covid-19-Krisensteuer aus.

Sie machte jedoch keinen Hehl aus ihren Vorbehalten über die praktische Umsetzung einer solchen Abgabe. Aufgrund welcher Kriterien werden die Krisengewinnler bestimmt? Soll die Corona-Steuer einmal oder regelmäßig eingetrieben werden? Ist bei der Berechnung der Corona-Steuer der Umsatz oder der Gewinn entscheidend? Soll die Höhe des Steuersatzes gedeckelt werden? Im Zusammenhang mit der Corona-Steuer gibt es demnach mehr Fragen als Antworten. Bevor jedoch ernsthaft über eine solche Abgabe nachgedacht wird, muss die Regierung ihre Hausaufgaben erledigen und einen ausführlichen Kassensturz vorlegen.

Max Lemmer





BIEN CHEZ VOUS ET BIEN PROTÉGÉ

HOME

L'assurance habitation
100% personnalisable

www.cgfp-assurances.lu


CGFP
Assurances

18, rue Érasme
L-1468 Luxembourg
Tél. (+352) 27 04 28 01
info@cgfp-assurances.lu



Wo bleibt der Sozialdialog auf nationaler Ebene?

Nichts als eine beschämende Alibi-Veranstaltung

Seit Monaten fordert die CGFP die Einberufung einer nationalen Tripartite. Inmitten der Corona-Pandemie, die uns alle vor nie gekannte Herausforderungen stellt, wurde dieses bewährte Kriseninstrument bislang nur einmal im Juli vergangenen Jahres angewandt. Vor geraumer Zeit hatte Premierminister Xavier Bettel verkündet, dass eine weitere Tripartite-Runde im Vorfeld seiner für Mitte Oktober geplanten Rede zur Lage der Nation stattfinden werde. Bereits zuvor hatte die Regierung Dreiergespräche für Oktober 2020 und für Januar 2021 angekündigt, die allesamt nicht eintraten.

Statt diese Versprechen einzulösen, trat genau das Gegenteil ein. Erst vor wenigen Wochen wurde im Parlament eine von der Opposition eingereichte Motion zur Einberufung der nationalen Tripartite von den Mehrheitsabgeordneten abgeschmettert. In den darauffolgenden Wochen erfolgte eine halbherzige Kurskorrektur. Die Regierung berief zwar für den 21. September eine gemeinsame Sitzung mit den Führungsspitzen der drei national repräsentativen Gewerkschaften ein, darunter auch die CGFP. Die Unterredung ist jedoch auf eine knappe Stunde angesetzt (Stand: Redaktionsschluss). Ganz so, als ob man bei einem knapp sechzigminütigen Treffen die großen Herausforderungen, die es zu meistern gilt, ernsthaft angehen könne.

Es ist zu befürchten, dass dieses anstehende Treffen lediglich eine flüchtige „Meet&Greet“-Begegnung im Anschluss an die Sommerferien sein wird. Für einen ausgiebigen Meinungsaustausch zwischen der Regierung und den Gewerkschaften wird die eingeplante Zeit nicht ausreichen.

Nach der Unterredung wird die Dreierkoalition der Presse vermutlich wieder stolz berichten, der Austausch mit den Sozialpartnern sei „konstruktiv, fruchtbar und lebhaft“ gewesen. Verpflichtende Abkommen werden bei diesem Anlass kaum auszuhandeln sein.

Wie lange noch will die Regierung diese „Schönwetterpolitik“ betreiben? Der von der Dreierkoalition hochgelobte Sozialdialog ist auf nationaler Ebene am Nullpunkt angelangt. Bereits bei den Diskussionen zum Europäischen Semester zeichnete sich die respektlose Haltung gegenüber den Gewerkschaften ab.

Anders als in der Vergangenheit legten die Gewerkschaften und das Patronat dieses Mal ein gemeinsames Dokument vor. Dieses übereinstimmende Papier wurde dennoch nicht von der Regierung berücksichtigt. Noch bevor die Sitzung mit den Sozialpartnern in Form einer Videokonferenz überhaupt begonnen hatte, schickte die blau-rot-grüne Koalition ihre Schlussfolgerungen nach Brüssel. Wo bleibt da der Anstand?

Die zweite Sitzung im Rahmen des Europäischen Semesters kam überhaupt erst auf Druck hin der Sozialpartner zustande. Ursprünglich wollte es die Dreierkoalition bei nur einem Treffen belassen. Dieser Umstand zeigt, dass die Gespräche zwischen der Koalition und den Sozialpartnern zunehmend zu einem „Alibi-Happening“ verkümmern. Dies darf nicht sein!

Als sich CGFP-Nationalpräsident Romain Wolff am 28. Juli gegenüber RTL über den mangelnden Sozialdialog auf nationaler Ebene beschwerte, zeigte sich der Minister des öffent-

lichen Dienstes erstaunt über diese Aussage. Noch am gleichen Tag habe er im Schloss von Senningen eine Unterredung mit CGFP-Generalsekretär Steve Heiliger geführt, so Hansen.

In diesem Kontext sei darauf hingewiesen, dass Steve Heiliger gar nicht in seiner Eigenschaft als CGFP-Generalsekretär, sondern als Präsident eines CGFP-Fachverbandes an dem besagten Treffen teilnahm. Im Vordergrund standen damals sektorielle Anliegen. Themen, die im Rahmen eines vernünftigen Sozialdialogs auf nationaler Ebene zu behandeln sind, wurden erst gar nicht angeschnitten.

Zugegeben: Im öffentlichen Dienst bewegt sich derzeit auf sektorieller Ebene einiges. So stehen z.B. die Verhandlungen zur Harmonisierung der unteren Laufbahnen kurz vor dem Abschluss. Sie sind ein Bestandteil des Gehälterabkommens. Auch bei den Gesprächen mit Minister Hansen über die Aufwertung der „aides-soignants“-Karrieren wurden inzwischen nennenswerte Fortschritte erzielt.

Bei den großen nationalen Themen, die über den Staatsdienst hinaus die gesellschaftspolitische Entwicklung des gesamten Landes betreffen, kann allerdings noch immer nicht die Rede von einem wahren Sozialdialog sein. Hier fehlt schlichtweg die altbewährte Tripartite-Runde. Die CGFP berät zurzeit in ihren Gremien darüber, mit welchen gewerkschaftlichen Mitteln sie die Regierung im Herbst zum Umdenken bewegen will.

ml



Organe de la Confédération Générale de la Fonction Publique **CGFP**

Éditeur: **CGFP**

488, route de Longwy, L-1940 Luxembourg

Tél.: 26 48 27 27 – Fax: 26 48 29 29

E-mail: cgfp@cgfp.lu

Rédaction: Tél.: 26 48 27 27-1

Impression: SNE-Éditions S.à.r.l.

La reproduction d'articles, même par extraits, n'est autorisée qu'en cas d'indication de la source. Les articles signés ne reflètent pas nécessairement l'avis de la CGFP.



Entdecken Sie die Weltexpo 2020 mit der CGFP

Für die größte Weltausstellung aller Zeiten werden in Dubai rund 25 Millionen Besucher erwartet. 190 Nationen werden auf dem 438 Hektar großem Areal vertreten sein – darunter auch Luxemburg.

Machen Sie dieses Mega-Ereignis zu einem unvergesslichen Erlebnis. Dubai fasziniert mit einem Mix aus Gastronomie, Kunst, Kultur und Spitzeninnovation vom Feinsten. Als CGFP-Mitglied genießen Sie vorteilhafte Angebote.

Die CGFP bietet ihren Mitgliedern im kommenden Jahr zwei Reisen nach Dubai an, mit jeweils sieben Übernachtungen.

Termine für 2022:
11.02-19.02. / 18.02-26.02.

Für Ihren Aufenthalt in Dubai haben Sie die Wahl zwischen vier exklusiven, zentral gelegenen 5-Sterne-Hotels (siehe auch Seite 7).

Das CGFP-Angebot enthält u.a. einen VIP-Tagespass mit Zugang zum Luxemburger Pavillon. Vor Ort bleibt ausreichend Zeit, um die zahlreichen einzigartigen Sehenswürdigkeiten von Dubai und Umgebung zu

erkunden. Gerne stehen Ihnen dabei die CGFP-Vertreter vor Ort mit Rat und Tat zur Verfügung. Abgerundet wird die Dubai-Reise mit einer sympathischen CGFP-Abschlussfeier.

Unsere Leistungen:

- *Nachtflug nach Dubai / Rückflug nach Luxemburg mit der Luxair*
- *Sieben Übernachtungen im Hotel Ihrer Wahl*
- *Transfer vom Flughafen in Ihr Hotel und zurück*
- *VIP-Tagespass mit Zugang zum Luxemburger Pavillon*
- *CGFP-Abschlussfeier vor Ort*

Reisebuchungen ab dem 20. September 8:00 Uhr per E-Mail: dubai2020@cgfp.lu
Weitere Informationen zum Reiseverlauf: **Tel.: 2644 1375**

* *Nach der Reisebuchung sind Corona-Beschränkungen sowohl bei der An- und Rückreise als auch vor Ort nicht auszuschließen. Die Reise kann nur stattfinden, wenn die gesetzlich festgelegten Corona-Bestimmungen dies zu dem Zeitpunkt zulassen.*

EXKLUSIV

Dieses Reiseangebot gilt nur für CGFP-Mitglieder und deren Familienangehörige!





Jumeirah EMIRATES TOWERS



- Luxuriöse, mit modernstem Design ausgestattete Zimmer
- Preisgekrönte Restaurants mit vielfältigem Gastronomieangebot
- Ausgiebiges Spa- und Fitnessangebot
- Shuttlebus-Transfer zur Dubai-Mall und dem Burj Khalifa



PREIS PRO PERSON INKL. FLUG:
AB **1971,-** *

<https://bit.ly/3B59Pr7>



ATLANTIS THE PALM, DUBAI



- Architektonisches Meisterwerk auf der von Menschenhand geschaffenen „Palm Island“
- Unbegrenzter Zugang zum ca 17 Hektar großen Vergnügungspark „Aquaventure“
- Reichhaltige kulinarische Highlights in mehr als 20 Restaurants
- Kinderfreundlich



PREIS PRO PERSON INKL. FLUG:
AB **2844,-** * 11.02 - 19.02
AB **2397,-** * 18.02 - 26.02

<https://bit.ly/377270T>



GH GROSVENOR HOUSE DUBAI



- Zwei luxuriöse 45-stöckige Zwillingstürme mit herrlicher Aussicht auf Dubais Skyline
- Traumhafte Lage im beliebten Ausgehviertel „Dubai Marina“
- Idealer Ausgangspunkt für Erkundungstouren in Dubais Downtown
- Dachterrasse mit atemberaubendem Blick über die Wüstenstadt



PREIS PRO PERSON INKL. FLUG:
AB **2590,-** *

<https://bit.ly/3ib7G1G>



Jumeirah AL NASEEM



- Märchenhafter Ausblick auf den Ozean und den längsten Privatstrand Dubais
- Gebührenfreier Eintritt in den weltberühmten Wasserpark „Wild Wadi“ (ab 15/02/22)
- Mehrere Poolanlagen mit großzügigem Wellness- und Sportangebot
- Bequemer Zugang per Wassertaxi zu sämtlichen Einrichtungen



PREIS PRO PERSON INKL. FLUG:
AB **3363,-** *

<https://bit.ly/3BYhkMY>

* PREIS PRO PERSON IM DOPPELZIMMER

Erstaunliche ökonomisch-finanzielle Schadensbegrenzung

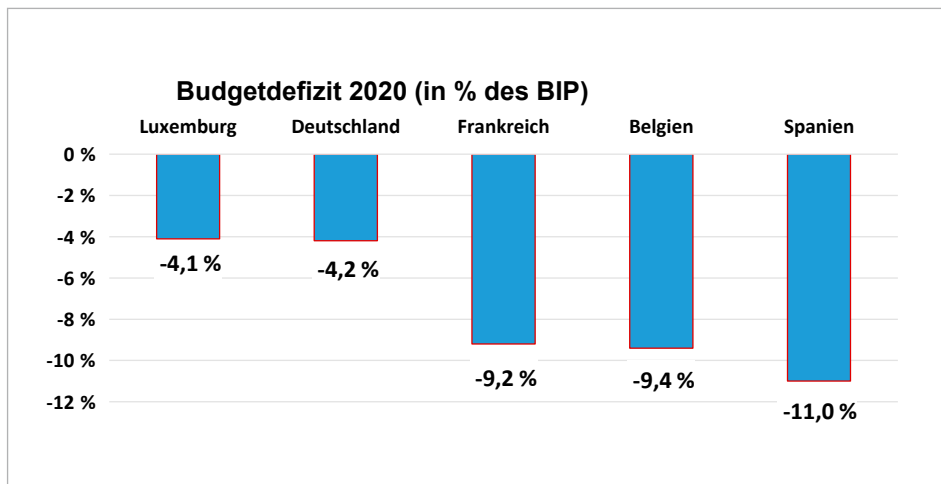
Wie sich Volkswirtschaft und Staatsfinanzen im Jahr 2020 in Luxemburg verhielten

Die Covid-19-Pandemie hat auch hierzulande zahlreiche Todesopfer gefordert und viele vorübergehende sowie dauerhafte Gesundheitsschäden verursacht. Das sollte hier nicht unerwähnt bleiben. Auch wirtschaftlich und finanziell gesehen sind verschiedene Bereiche, Firmen und viele Einzelpersonen schwer getroffen worden. Deswegen wurden im nationalen Konsens enorme öffentliche Finanzmittel für medizinisch-sanitäre Anstrengungen sowie für Sozialmaßnahmen und Wirtschaftsbeihilfen eingesetzt. Diese Ausgaben waren politisch gerechtfertigt und sind im Falle Luxemburgs auch leicht finanzierbar, wie sich jetzt im Nachhinein eindeutig feststellen lässt.

Während andere Länder in empfindliche oder gar enorme Notlagen geraten, sorgen in Luxemburg die Robustheit der Wirtschaftsstrukturen und die jahrzehntelang gesunden Staatsfinanzen dafür, dass die direkten Kosten der Krise geringer ausfielen als befürchtet. Der Ausfall an Staatseinnahmen war somit nur mäßig und von sehr kurzer Dauer.

Diesbezüglich sagen ein paar Bilder mehr aus als tausend Worte. „fonction publique“ verdeutlicht jetzt, inwiefern im Jahre 2020 die Entwicklung in Luxemburg anders verlief als in den Nachbarländern oder woanders in Europa.

2020 schuf Luxemburg 7.750 zusätzliche Arbeitsplätze, während in der EU insgesamt 2,3 Millionen Jobs verloren gingen. Das **Bruttoinlandsprodukt (BIP)** (die Summe des geschaffenen ökonomischen Mehrwerts) ging weltweit massiv zurück, hierzulande aber sank das BIP lediglich um -1,3 %, in Deutschland jedoch um -4,6 %, in Belgien um -6,3 %, in Frankreich um -7,9 % und in Spanien um -10,8 %. Sind das nicht sehr beeindruckende Unterschiede?



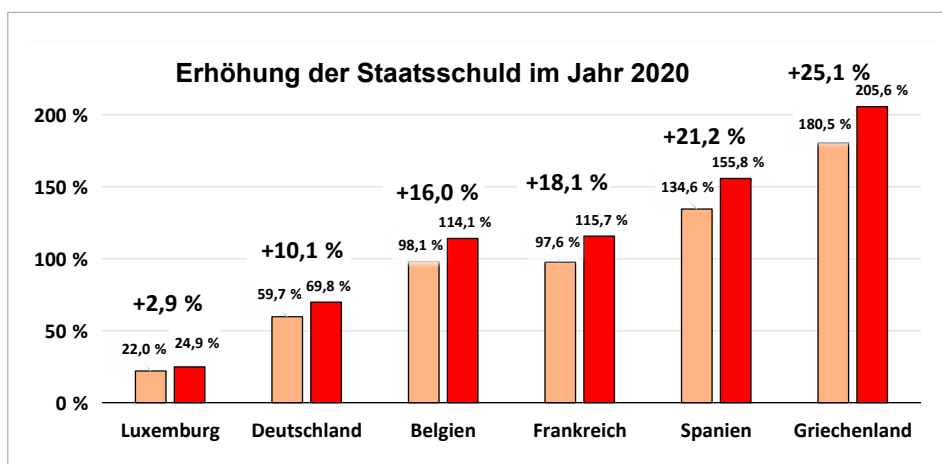
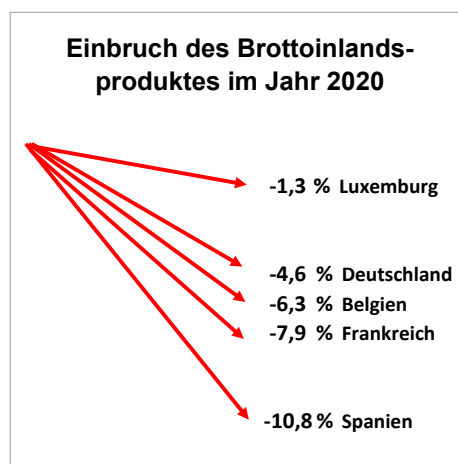
2020 lag deswegen auch das **gesamtsstaatliche Haushaltsdefizit** überall jenseits der normalen Höchstgrenze (nach der famosen Maastricht-Formel) von -3 % des BIP. In Luxemburg erreichte das Budgetsaldo -4,1 %, in Deutschland -4,2 %, in Frankreich -9,2 %, in Belgien -9,4 % und in Spanien -11,0 %.

Die **Staatsverschuldung** wurde somit durch die Pandemiefolgen überall hochgetrieben. Verglichen mit der jährlichen Wirtschaftsleistung (BIP) stieg sie zwischen dem 1. Januar und dem 31. Dezember in Luxemburg aber nur um +2,9 % (von 22,0 % auf 24,9 %), in Deutschland um +10,1 % (von 59,7 % auf 69,8 %), in Belgien um +16,0 % (von 98,1 % auf 114,1 %), in Frankreich um +18,1 % (von 97,6 % auf 115,7 %), in Spanien um +21,2 % (von 134,6 % auf 155,8 %) und in Griechenland sogar um 25,1 % (von 180,5 % auf 205,6 %), wo sich somit in einem Jahr mehr Staatsschuld angehäuft hat als Luxemburg insgesamt aufweist.

Unsere konjunkturelle und strukturelle Lage hat sich inzwischen normalisiert: Prognosen zufolge wird bei uns für 2021 ein reales Wirtschaftswachstum von +6,0 % erwartet. Außerdem haben die Staatseinnahmen im ersten Halbjahr 2021 jene vom Vorkrisenjahr 2019 um +10,2 % überstiegen.

Der vorübergehende krisenbedingte Rückfall ist inzwischen wettgemacht. Für die anstehenden massiven Anstrengungen bezüglich des Klimawandels, der Nachhaltigkeit, der Digitalisierung sowie unseres enormen Rückstandes im Bereich der öffentlichen Infrastrukturen braucht das Land allerdings eine Politik der ruhigen Hand mit einer langfristigen, mutigen, proaktiven Haushalts- und Investitionsstrategie. Wir brauchen keine unsinnige Staatsschulden- sowie Steuererhöhungsdebatte und kein wahl-demagogisches Herumstreiten im Zeichen von Sparfanatismus und Steuerhysterie.

Paul ZIMMER



Bedauerliche fiskalische Volksverdummung

Die inzwischen mehrfach bestätigte internationale AAA-Kreditbenotung unseres Staates verdeutlicht, dass keine drastischen sozialen Sparmaßnahmen und keine krisenbedingten Steuererhöhungen erforderlich sind, welche ja ohnehin Gift für die notwendige Wirtschaftsbelebung wären. Vor allem aber müssen auch alle Forderungen nach einer Corona-Steuer für Pandemieprofiteure als das entlarvt werden, was sie sind: vereinfacht und nicht durchdacht.

Natürlich wissen die Befürworter dieser Idee nur allzu gut, dass jegliche retroaktive Steuereinführungen und -erhöhungen unsere elementaren Rechtsprinzipien verletzen würden und somit auch kaum verfassungskonform wären. Ohnehin halten sich die politischen Schaumschläger selbst zurück, wenn es darum geht, klarzustellen, wie dieser Unfug denn organisiert werden könnte. Alle, die sich auf eine solche unethische Art politisch profilieren wollen, müssten bereits von den eigenen Parteikollegen in die Schranken verwiesen werden.

Sollen denn nun die vielen Überstunden des Gesundheits- und Pflegepersonals sowie die Mehrarbeit der vielen Planer und Helfer rückwirkend nachbesteuert werden? Als verspätetes Dankeschön in Form eines hinterhältigen Fußtritts? Oder sollen alle Firmen nun für Millionen Euro eine Software entwickeln lassen und ihre ganzen

Buchungen nochmals durchkämmen, um somit ihre Covid-19-Profite zu ermitteln?

Kommen derartig schwachsinnige Forderungen jedoch aus Regierungskreisen, so wird die Angelegenheit nicht nachvollziehbar, um es mal gelinde auszudrücken. Wer sind denn die großen Pandemiegewinner dieses Landes? Zählt der Online-Versandhändler Amazon zu den Krisengewinnlern? Dieses Unternehmen zahlt ohnehin in Luxemburg jährlich null Euro an Körperschaftssteuern. Unsere Regierung führt derzeit in den EU-Gerichtsinstanzen einen Prozess, um 250 Millionen an Amazon-Gewinnsteuern nicht einziehen zu müssen.

Oder gehört etwa die Cargolux zu den Covid-19-Gewinnern? Der Jahresgewinn der Frachtgesellschaft wurde 2020 mit dem Faktor 38 auf 769 Millionen Euro multipliziert. Die Riesendividende, die daraufhin ausgezahlt werden musste, machte den Staat als Cargolux-Aktionär zu einem indirekten Krisengewinnler. Soll hier nun die Cargolux zusätzlich besteuert werden (ein Unternehmen, das jahrelang vergeblich neues Kapital von seinen Aktionären einforderte, um marktbedingte schlechte Ergebnisse auszugleichen und wachstumsbedingte Investitionen zu stemmen) oder aber seine Aktionäre, also etwa die Luxair, einer der größten Pandemiegeschädigten?

Mit derartigen konkreten Fragen jedoch brauchen sich die Demagogen nicht zu befassen. Sie wollen ja ohnehin nicht steuerlich oder budgetär irgendetwas Konkretes erreichen, denn es geht hier vielmehr um das Aufstacheln von Missgunst, um öffentliche Aufmerksamkeit und um ideologische Propaganda. **pz**

Cours de formation et d'appui scolaires



Cours d'appui, de rattrapage, de révision et de méthodologie pour les élèves de l'enseignement secondaire classique et général luxembourgeois

INSCRIPTION ET INFORMATIONS (Attention: nouvelles heures d'ouverture!)
mardi: de 9h30 à 11h30 et de 14h30 à 16h30, mercredi: de 14h30 à 16h30,
jeudi et vendredi: de 9h30 à 11h30

Tél.: 26 77 77 77 – afas@cgfp-services.lu – <https://www.cgfp-services.lu/afas.html>

AFAS CGFP
Association de Formation
et d'Appui scolaires a.s.b.l.

Regierung: Komplize oder unfähig ?

Wie lange noch schützen unsere Politiker die Spekulationsmilliardäre?

Die ausufernden Wohnraumkosten sind seit vielen Jahren das größte sozioökonomische Problem unseres Landes. Daher sind sie auch parteiübergreifend das beliebteste Thema für eine permanente, aber absolut folgenlose politische Schaumschlägerei getreu dem Motto „Das wird jetzt Chefsache!“

Die irrsinnige Preisentwicklung auf dem Wohnungsmarkt und das seit Langem anhaltende parteiübergreifende Versagen aller Politiker treiben heute viele Luxemburger mit niedrigem oder mittlerem Einkommen zur Auswanderung in die Grenzgebiete. Bald schon wird dies wohl auch den Wirtschaftsstandort Luxemburg aus Kostengründen in Gefahr bringen.

Können unsere Politiker nichts gegen die Wohnpreiskatastrophe tun? Doch das könnten sie sehr wohl, wenn sie es denn wollten! Denn die vorgeblichen Schwierigkeiten bei der Behebung der Kostenspirale beruhen zuerst auf der offensichtlichen, hartnäckigen Weigerung aller großen politischen Parteien dieses Landes, die wahre Ursache des Problems mutig zur Kenntnis zu nehmen: Gemeint sind hiermit das massive Aufkaufen und das langfristige Zurückhalten eines Großteiles der verfügbaren Baugrundstücke durch eine kleine unverschämte „Spekulantenclique“ von Immobilienmillionären, die man sich unweigerlich vorknöpfen muss, wenn sich die Dinge ändern sollen.

Im Jahr 2016 besaßen die 150 größten Grundbesitzfirmen zusammen 372.200 Ar oder 12,6 % des gesamten Baulandes im damaligen Wert von 3,4 Milliarden Euro. Die 500 wichtigsten Privatbesitzer verfügten über 703.900 Ar oder 23,8 % des Totals im Wert von 5,4 Milliarden. Zusammen sind dies 1.076.100 Ar, 36,4 % des Totals und 8,8 Milliarden Euro. Erweitern wir den Kreis der Privateigner auf 10 % aller Baugrundbesitzer oder auf 1.591 Personen, so besitzen

diese zusammen mit den erwähnten 150 Gesellschaften 51,7 % des gesamten bebaubaren Landes oder 1.529.000 Ar im Wert von 11,6 Milliarden Euro, in Anbetracht der Preise von 2016.

Dem LISER-Institut zufolge ist der Baugrundstück-Index von 2010 bis 2017, also in nur sieben Jahren, um über 50 % angestiegen. Die Immobilien-Inflation hat sich seither noch deutlich verschärft. Folglich beträgt der Wert von 36,4 % des Baulandes heute über 13 Milliarden und jener von 51,7 % mehr als 18 Milliarden Euro.

Vor diesen Großgrundbesitzern aber hat unsere Politik so hohen Respekt, dass sie lieber Hunderttausenden Luxemburgern, die das zu lösende Problem nicht verschuldet haben, eine Anhebung der Grundsteuern aufbürden möchten. Diese mag an und für sich in der nächsten Legislaturperiode im Rahmen einer Steuerreform sogar gerechtfertigt sein, weil hierzulande im internationalen Vergleich der Immobilienbesitz und die daraus resultierenden Einnahmen zu niedrig besteuert werden.

Ein übler Scherz

Wer jedoch mit irgendwelchen punktuellen Anpassungen – wie z.B. einer generellen Anhebung der Grundsteuer oder einer kommunalen Besteuerung unbebauter Grundstücke im Bauperimeter – gegen die grassierende Bodenpreisspekulation und die Wohnraum-inflation angehen will, der bringt hier nur einen üblen Scherz ins Gespräch. Denn so wie die Marktlage heute aussieht, also das Kräfteverhältnis zwischen Verkäufern und Käufern bzw. zwischen Vermietern und Mietern, würden derartige Steuer- und Taxenanhebungen die Wohnungspreise und -kosten unweigerlich weiter in die Höhe treiben. Dies ist somit kein Lösungsansatz, sondern es verschärft sogar das Problem.

Das eigentliche Problem ist nicht die Großmutter, die ein paar Ar Bauland für ihre Enkelin zurückhält oder der kleine Familienbesitzer, der einige Ar umfasst. Deshalb sprechen wir uns klar gegen irgendeine neue Belastung des privaten Wohneigentums aus. Jene Luxemburger, die eine oder zwei Wohnungen vermieten und einige Ar an Baugrund besitzen, dürfen nicht zusätzlich besteuert werden.

Vielmehr verlangt die CGFP seit Längerem eine jährliche fünfprozentige Besteuerung des realen Immobilienbesitzwertes aller Spekulationsmillionäre. Diese Maßnahme sollte sofort und nicht erst im Rahmen einer möglichen Steuerreform ergriffen werden.

Wir brauchen drastische Maßnahmen, um die zu erwartenden Spekulationsgewinne der kommenden Jahre integral abzuschöpfen und somit die Grundstückshaltung finanziell unattraktiv zu gestalten. Jede Besteuerung, die sich auf spätere Veräußerungsgewinne beschränkt, ermutigt die Spekulanten dazu, weiterhin Flächen zurückzubehalten und deren Verwendung aufzuschieben. Wenn aber jährlich 5 % des Grundstückwertes zu zahlen sind, muss der Spekulant, der seinen Besitz wahren will, ständig neue flüssige Mittel aufwenden. Hier wird dann schnell eine erhebliche Nutzung der Bauflächen erfolgen.

Aber diese Maßnahme muss sich ausschließlich auf die realen Übeltäter beschränken und darf nicht Hunderttausende normale Grund- und Immobilienbesitzer bestrafen. Nur wer ein Multimillionär ist und Hektare zurückbehält, soll auf diese Art massiv und sofort besteuert werden.

Nun ist wissenschaftlich belegt, dass das staatliche Vorgehen die Spekulanten nicht nur schützt, sondern auch aktiv begünstigt

Dem öffentlichen Forschungsinstitut LISER und dem Observatoire de l'Habitat kommt das Verdienst zu, in einer Studie* von 2019 die skandalöse Konzentration der Bodenspekulation offengelegt zu haben, deren Fakten wir hier erneut in Erinnerung rufen wollen. Zusammen mit Kollegen der Universität Luxemburg legten die LISER-Experten nun im August eine weitere wichtige Arbeit** vor.

Diese eingehende Studie, die unter anderem die Planung und Durchführung von 71 Immobiliengroßprojekten seit 2007 eingehend untersucht hat, belegt, dass das gesamte staatliche und kommunale Vorgehen die Spekulation der Millionäre aktiv fördert, nicht nur durch die bestehenden Steuerregeln, sondern auch durch die Verfahren bei der Planung von Immobilienvorhaben. Die Studie weist z.B. darauf hin, dass (aus dem Englischen übersetzt) „die wachstumsgetriebene Wirtschaft ein Planungssystem geschaffen hat, das einer Beschleunigung der Entwicklung von Wohnraum nicht förderlich ist.“

Ein besonderes Übel, auf das die Studie hinweist, ist die Tatsache, dass der Staat bei der Erschließung von Bauland massiv auf Exper-

ten aus dem Privatsektor zurückgreift. Abgesehen von allen Interessenskonflikten nehmen diese Fachleute keinerlei Rücksichten auf die Allgemeininteressen.

Da die politischen Instanzen und Entscheidungsträger jedoch die skandalösen Zustände, welche die Studie von 2019 offengelegt hat, bisher praktisch total ignoriert haben, besteht nun auch wenig Hoffnung, dass die neuen Ergebnisse in der Öffentlichkeit stärker thematisiert werden. Wie aber will man den einfachen Menschen in diesem Land klarmachen, dass auf die Wissenschaftler gehört werden muss, wenn selbst die Politik dies nur dann tut, sofern es ihr in den Kram passt?

pz

* Observatoire de l'Habitat: *Le degré de concentration de la détention du potentiel foncier destiné à l'habitat en 2016, Luxembourg, 2019*

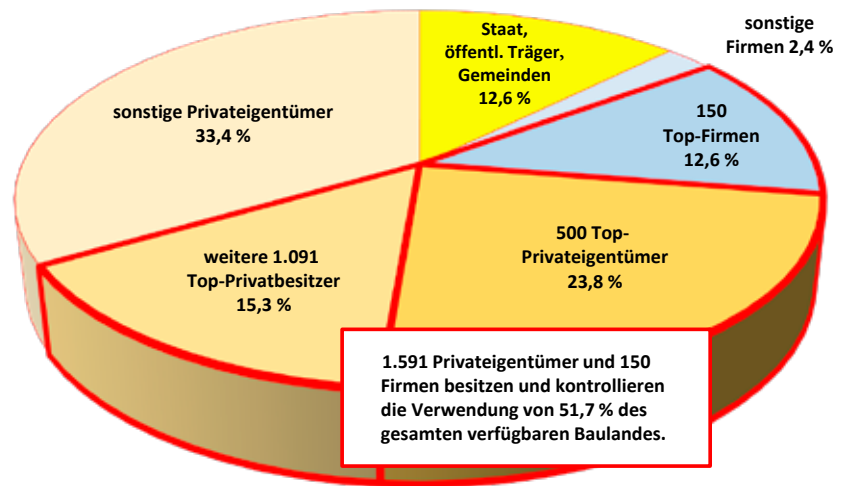
** *Land and the housing affordability crisis: Landowner and developer strategies in Luxembourg's facilitative planning context, Luxembourg, 2021*

150 Gesellschaften besitzen (und kontrollieren die Verwendung von) 372.200 Ar Bauland oder 12,6 % der verfügbaren Gesamtfläche, welche 2016 zusammen 3,4 Milliarden Euro wert waren. Und 500 Privatbesitzer verfügten über 703.900 Ar an bebaubaren Grundstücken oder 23,8 % des Gesamtareals im Wert von 5,4 Milliarden Euro. 2016 waren dies insgesamt 8,8 Milliarden, heute sind es wohl rund 13 Milliarden Euro.

Eine fünfprozentige Abgabe auf diesen 13 Milliarden würde dem Staat jährliche Einnahmen von 650 Millionen Euro beschieren, womit pro Jahr 1.000 zusätzliche soziale Mietwohnungen errichtet werden könnten. Dafür müsste die Politik endlich den Mut aufbringen, die Spekulanten frontal anzugreifen. Werter Leser, fragen Sie alle Minister und Abgeordneten, die sie kennen, warum diese Politiker nicht dazu bereit sind!

pz

2.958 ha bebaubares Land (2016)



Kein absolutes Recht, aus unbegrenzter Profitgier dem Land und seinen Einwohnern enorm und anhaltend zu schaden!

Es ist eine turboliberalen Irrlehre zu glauben, dass der Grundbesitz ein absolutes Recht sei. Wer einen Wald besitzt, darf ihn nicht nach Belieben in Ackerland verwandeln. Wer ein Grundstück außerhalb des Bebauungsperimeters besitzt, darf nicht ohne Weiteres dort eine Wohn-

siedlung errichten. Der Käufer eines unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes darf seinen Neuerwerb nicht abreißen oder beliebig umgestalten.

Wieso gewährt der Staat all jenen, die aus reiner Gewinnsucht enorme Mengen an Baugrund aufkaufen und über unzählige Jahre zurückbehalten, ein absolutes, unbegrenztes und unbesteuertes Recht, der Allgemeinheit dadurch einen extremen Schaden zuzufügen?

Besitz verpflichtet. Hemmungsloser Geiz gehört endlich an den Pranger. Die Politik sollte nicht länger ein paar Hundert Multimillionäre und Milliarden beschützen. Und bitte Schluss mit allen Überlegungen, Hunderttausenden von normalen Luxemburgern eine Anhebung der Immobilienbesteuerung aufzubrummen, als Strafe für das Volk, damit die Schandtaten der oberen Tausend ungeahndet bleiben können!

pz

Avez-vous changé d'adresse?

Alors n'oubliez pas de nous le faire savoir en renvoyant le talon-réponse ci-dessous à la

CGFP
488, route de Longwy
L-1940 Luxembourg

ou en utilisant le formulaire électronique sous:
www.cgfp.lu/contact/changement-adresse

Ancienne adresse

Nom:
 Prénom:
 No et rue:
 Code postal:
 Localité:
 téléphone:

Nouvelle adresse

Nom:
 Prénom:
 No et rue:
 Code postal:
 Localité:
 email:



Mit BHW zuverlässig in die eigenen vier Wände

Wohneigentum ist alles: Baufinanzierung, Vermögensaufbau, Anlageoptimierung, solide Altersvorsorge. Sprechen Sie mit einem BHW-Berater darüber. **Oder rufen Sie die CGFP Hotline an: 473651.**

Die CGFP ist der BHW Bausparpartner in Luxemburg für den öffentlichen Dienst.